



Nr. 44

Berlin, 18. November 2009

Inhalt:

Peter Heesen im Gespräch mit Thomas de Maizière – Neuer Bundesinnenminister will „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem dbb fortsetzen“+++

Neues Tarifrecht für hessische Landesbeschäftigte – Landesregierung und Gewerkschaften besiegeln Tarifeinigung – Frank Stöhr: Für die Beschäftigten ein guter Kompromiss+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Neues Landesbeamtenrecht in Sachsen-Anhalt beschlossen+++

Ondracek: Bisherige Regierungsbeschlüsse haben nichts mit Steuervereinfachung zu tun+++

GDL nach Enke-Suizid: Lokomotivführer werden Bilder des Unfalls nicht mehr los+++

Symposium zu „Zwangsvollstreckung im 21. Jahrhundert“ – Gietmann: Gerichtsvollzieher künftig im Zentrum+++

23. Deutscher Berufsschultag – BLBS-Vorsitzender fordert staatliche Koordinierungsstelle für Berufsbildung+++

VBE unterstützt Schüler- und Studierendenproteste+++

Philologenverband zu Studentenprotesten: Mitgestaltungschancen verpasst+++

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Peter Heesen im Gespräch mit Thomas de Maizière – Neuer Bundesinnenminister will „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem dbb fortsetzen“

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen ist am 16. November 2009 in Berlin zu einem ersten Meinungsaustausch mit dem neuen Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière (CDU) zusammen gekommen. Im Anschluss an die Erörterung des Koalitionsvertrages von Union und FDP und dessen Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst sprachen Heesen und de Maizière über die Zukunft des öffentlichen Dienstrechts und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Übereinstimmend sehen der dbb Chef und der Bundesinnenminister die zentrale Aufgabe darin, das Dienstrecht an die demographisch bedingten Veränderungen anzupassen. In einer älter werdenden Gesellschaft werde der öffentliche Dienst den besonderen Belangen älterer Beschäftigter Rechnung tragen und gleichzeitig für qualifizierte Nachwuchskräfte attraktiv bleiben müssen, so Heesen und de Maizière. Nur so könne der öffentliche Dienst weiterhin in der Lage sein, seine vielfältigen Aufgaben qualitativ hochwertig und effizient zu erfüllen. „Ich möchte dafür Sorge tragen, dass der öffentliche Dienst auch weiterhin attraktive Beschäftigungsbedingungen bietet. Dazu ist der Dialog mit den Gewerkschaften wichtig“, sagte de Maizière und betonte: „Der dbb hat sich in der Vergangenheit als konstruktiver und kritischer Gesprächspartner gezeigt. Ich bin sicher, wir werden diese vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen.“

Der dbb Bundesvorsitzende bekräftigte die Gesprächsbereitschaft des dbb und nutzte die Begegnung im Bundesinnenministerium, um de Maizière zur nächsten Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion einzuladen, die vom 10. bis 12. Januar 2010 in Köln stattfindet. Der Bundesinnenminister nahm die Einladung dankend an und sagte, er freue sich auf die traditionsreiche Veranstaltung. Zum 51. Mal lädt der dbb als die große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor in Köln zur Diskussion über die aktuelle Lage im öffentlichen Dienst ein, die 2010 im Zeichen der Einkommensrunde in Bund und Kommunen steht. Traditioneller Auftakt der dbb-Jahrestagung ist der politische „Schlagabtausch“ zwischen dem dbb Bundesvorsitzenden und dem Bundesinnenminister. (01/44/09)

Neues Tarifrecht für hessische Landesbeschäftigte – Landesregierung und Gewerkschaften besiegeln Tarifeinigung – Frank Stöhr: Für die Beschäftigten ein guter Kompromiss

(dbb) Das neue Tarifrecht bringt den Beschäftigten des öffentlichen Landesdienstes fünf Jahre nach dem Austritt Hessens aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) endlich wieder den Anschluss an die tarifpolitischen Entwicklungen im Länderbereich. „Auch wenn natürlich nicht alles unseren Vorstellungen entspricht, betrachten wir den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) als guten Kompromiss. Mit diesem Kompromiss kehrt Hessen nach jahrelanger Abseitsstellung in die tarifpolitische Gegenwart zurück“, sagte der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion Frank Stöhr am 6. November 2009 in Wiesbaden nach Unterzeichnung des TV-H: „Bei der Arbeitszeit und der Jahressonderzahlung haben wir einiges erreicht, an anderen Stellen vieles verhindert, was Programm der Landesregierung war.“

Der nach monatelangen Redaktionsverhandlungen fertig gestellte TV-H entspricht in weiten Teilen dem mit den Arbeitgebern der TdL geschlossenen TV-L (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder) und sorgt somit nach jahrelanger Benachteiligung der hessi-

schen Landesbeschäftigten wieder für vergleichbare Arbeits- und Einkommensbedingungen. So wird beispielsweise auch in Hessen die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden, in zahlreichen, besonders von Schichtdiensten belasteten Berufssparten auf

38,5 Stunden festgesetzt. Anschluss erhalten die Hessen auch beim Thema Jahressonderzahlung, die in den Entgeltgruppen 1 bis 8 90 Prozent und in den Entgeltgruppen 9 bis 15 60 Prozent eines durchschnittlichen monatlichen Bruttogehalts beträgt.

Stöhr dazu: „Wir sind sehr froh, dass mit der heutigen Unterzeichnung des TV-H auch in Hessen endlich wieder ein großes Stück tarifpolitischer Normalität festgeschrieben werden konnte.“

(02/44/09)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Neues Landesbeamtenrecht in Sachsen-Anhalt beschlossen

(dbb) Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 12. November 2009 das Gesetz zur Neuordnung des Landesbeamtenrechts beschlossen. Das eigentliche Herzstück ist das neue Laufbahnrecht mit nur noch zwei Laufbahngruppen. „Das Landesbeamtengesetz stellt keine revolutionäre Änderung dar, bietet aber mit vielen Neuerungen im Detail eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung des Beamtenrechts in Sachsen-Anhalt“, sagte dbb Landeschef Maik Wagner.

Die Förderung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gehe über zaghafte Ansätze allerdings nicht hinaus. Vom eigentlichen Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes spürbar zu erhöhen, sei der Entwurf weit entfernt. „Ob künftig die besten Köpfe in den öffentlichen Dienst gehen, wird die Zukunft zeigen“, sagte Wagner. Angesichts der Auseinanderentwicklung im Laufbahnrecht bleibe der dbb sachsen-anhalt skeptisch in der Frage, ob und inwieweit die gewünschte bundesweite Mobilität aufrechterhalten werden kann.

Das Gesetz trage „vielfach die Handschrift des dbb“, so Wagner weiter. „Im Anhörungsverfahren

und in zahlreichen Gesprächen mit den Abgeordneten des Landtages konnte der dbb viele seiner Vorstellungen einbringen. Dies hat sich in einer ganzen Reihe von Verbesserungen niedergeschlagen, die der ursprüngliche Entwurf bis in die Beratungen des Innenausschusses hinein erfahren hat.“ Dazu gehörten u. a. die Umstellung bei Nebentätigkeiten von einer Genehmigungs- auf eine Anzeigepflicht und die Festschreibung einer Verordnungsermächtigung zur Anpassung der Wegstreckenentschädigung an veränderte wirtschaftliche und soziale Verhältnisse. Verbesserungen gebe es auch bei der Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

(03/44/09)

Ondracek: Bisherige Regierungsbeschlüsse haben nichts mit Steuervereinfachung zu tun

(dbb) „Alle bisherigen Beschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung haben nichts mit Steuervereinfachung zu tun.“ Zu dieser Einschätzung kommt der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Dieter Ondracek, in einem Gespräch mit der „B.Z. am Sonntag“ (Ausgabe vom 15. November 2009).

Zwar stehe im Koalitionsvertrag ein Kapitel mit der Überschrift Steuervereinfachung. „Aber die 20 Punkte darunter bringen im Ergebnis keine Steuervereinfachung, einige bedeuten sogar eine Verschlechterung für den Steuerzahler“, kritisierte Ondracek. Mit Blick auf die Unternehmensteuerreform sagte der DSTG-Chef:

„Dieses Sofortprogramm im neuen Wachstumsgesetz dreht die Unternehmensteuerreform zurück. Damals wurden Schlupflöcher geschlossen, die jetzt wieder geöffnet werden. Das macht unser Steuerrecht nicht einfacher, sondern unübersichtlicher und nutzt den wenigen, die solche Schlupflöcher geschickt nutzen

können. Für das Hotelgewerbe gibt es eine weitere Ausnahme, die den viel zu vielen Ausnahmen hinzugefügt wird. Den ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent gibt es ursprünglich für die Grundbedürfnisse des Lebens. Ich kann nicht erkennen, dass eine Hotelübernachtung zu den Grundbedürfnissen des Lebens gehört. Das ist das genaue Gegenteil vom angekündigten Subventionsabbau.“

Für mehr Reformen fehle es nicht an Geld, sondern an „Mut zur Entscheidung“, zeigte sich Ondracek überzeugt. „Jahrelang haben Union und FDP den Wählern eine Steuerreform mit Vereinfachung versprochen. Mit der Steuererklärung auf dem Bierdeckel oder höchstens einer Seite gingen sie auf Wählerfang. Das geht auch, wenn man wie versprochen Ausnahmen streicht. Nur dann wird das Steuerrecht einfacher und sogar gerechter.“

(04/44/09)

GDL nach Enke-Suizid: Lokomotivführer werden Bilder des Unfalls nicht mehr los

(dbb) Nach dem Selbstmord von Fußball-Nationaltorwart Robert Enke hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) auf die schwierige Situation betroffener Lokführer hingewiesen. „Deutschland trauert um einen seiner besten Torhüter. Wir als Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer schließen uns dieser Trauer an und sprechen der Familie Enke unser tiefes Mitgefühl aus“, sagte der GDL-Bundvorsitzende Claus Weselsky am 12. November 2009. „Allerdings sind unsere Gedanken gleichermaßen bei dem Lokomotivführer, der unser Mitglied ist. Er muss ebenfalls ein Leben lang diesen schrecklichen Unfall verarbeiten.“

Die GDL ist mit Stellungnahmen zu Suiziden sehr zurückhaltend. Sie will in jedem Fall den „Werther-Effekt“ vermeiden. Besonders bei prominenten Selbstmördern häufen sich die Nachahmer, wie in Goethes Roman „Die Leiden des jungen Werthers“.

Weit mehr als 1 000 Eisenbahnunfälle ereignen sich durch Suizidenten jährlich auf deutschen Schienen. Im Durchschnitt muss jeder Lokomotivführer zweimal in seinem Leben mit einem Suizid fertig werden. Dass es manche ganz häufig trifft, sollte hier nicht unerwähnt

bleiben. „Oft werden die Lokomotivführer die Bilder vom Unfall dann jahrelang nicht mehr los, manche überhaupt nicht mehr“, so Weselsky. Viele leiden unter enormen posttraumatischen Belastungen. Dies ist schon schlimm genug. Darüber hinaus müssen die Lokomotivführer auch noch erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen. Etliche können ihre berufliche Tätigkeit gar nicht mehr fortsetzen. Dann müssen sie im Zweifel mit einer Erwerbsminderungsrente oder einer Mindestversorgung auskommen.

(05/44/09)

Symposium zu „Zwangsvollstreckung im 21. Jahrhundert“ – Gietmann: Gerichtsvollzieher künftig im Zentrum

(dbb) „Zwangsvollstreckung im 21. Jahrhundert“ war das Thema eines Symposiums, zu dem der Deutsche Gerichtsvollzieher Bund (DGVB) am 6. November 2009 gemeinsam mit der Uni Heidelberg eingeladen hatte. Mehr als 180 Teilnehmer waren zu der Tagung, mit der das Jubiläumsjahr zum 100-jährigen Bestehen des DGVB ausklang, nach Heidelberg gekommen. Die Vertreter von Wissenschaft und Lehre, Justiz und der Politik sowie Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher aus dem gesamten Bundesgebiet erörterten, wie sich die Zwangsvollstreckung im 21. Jahrhundert sowohl im Inland als auch im europäischen Raum entwickeln wird.

Der Bundesvorsitzende des DGVB, Walter Gietmann, mahnte zur Eröffnung eine weitere Effektivierung der Zwangsvollstreckung an und betonte, dass der Gerichtsvollzieher zukünftig im Zentrum der Zwangsvollstreckung stehen müsse.

Trotz unterschiedlicher Auffassungen zur künftigen Struktur des Gerichtsvollzieherwesens in

Deutschland seien sich Wissenschaftler, Vertreter der Justizministerien sowie die Anwaltschaft und Inkassounternehmer mit dem DGVB grundsätzlich darüber einig gewesen. Einer Zentralisierung der Zwangsvollstreckung beim Vollstreckungsgericht sei eine klare Absage erteilt worden.
(06/44/09)

23. Deutscher Berufsschultag – BLBS-Vorsitzender fordert staatliche Koordinierungsstelle für Berufsbildung

(dbb) Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Berthold Gehlert, hat eine „staatliche Koordinierungsstelle für berufliche Bildung“ gefordert. „Wir brauchen die Steuerung aus einer Hand“, sagte Gehlert auf dem 23. Deutschen Berufsschultag am 13. November 2009 in Bamberg.

Eine Koordinierungsstelle könne die bildungspolitischen Vorstellungen der Sozialpartner, der Kammern, der Bundesländer und auch der Lehrerverbände ausgleichen und verbindlich für alle Bundesländer regeln, so Gehlert mit Blick auf das starke Ungleichgewicht bei den Zuständigkeiten im dualen System der Berufsausbildung. Die betriebliche Ausbildung sei bundeseinheitlich als „Recht der Wirtschaft“ geregelt, während der schulische Teil der Berufsausbildung vom Kulturföderalismus der 16 Bundesländer geprägt sei. „Abstimmungsprozesse zwischen Wirtschaftsseite und Schulseite sind immer noch ein Verhandlungspoker zwischen Ungleichen“, sagte Gehlert.

Berufliche Schulen dürften nicht als „Anhängsel oder Juniorpartner“ der Ausbildungsbetriebe und der Kammern verstanden werden. Sie hätten sich zu „selbstbewussten, kompetenten und anerkannten Bildungsdienstleistern in der

Region“ entwickelt, so der BLBS-Chef. Berufliche Schulen leisteten mit ihrer Vielfalt an unterschiedlichen Bildungsgängen einen entscheidenden Beitrag zur Durchlässigkeit der Schulsysteme der einzelnen Bundesländer. „Ob Erstausbildung, Weiterbildung oder Studienberechtigungen, berufliche Schulen sind immer dabei“, sagte Gehlert mit Blick auf das Motto des 23. Deutschen Berufsschultages: „Berufliche Schulen erschließen Welten“. Über drei Millionen jungen Menschen würden an beruflichen Schulen maßgeschneiderte Karrierewege zu Berufsabschlüssen und zahlreiche Zugangsmöglichkeiten zu Hochschulen und zu Universitäten erschlossen. Angebote beruflicher Schulen reichten von der Berufsvorbereitung über die Ausbildung an Berufsschulen oder Berufsfachschulen bis zu beruflichen Weiterbildungsangeboten an Fachschulen oder Fachakademien.
(07/44/09)

VBE unterstützt Schüler- und Studierendenproteste

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat Unterstützung für die Schüler- und Studentenproteste signalisiert. „Mit der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge war keine Weiterführung der alten Studiengänge unter anderem Namen und schlechteren Bedingungen gemeint“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 17. November 2009. „Da es aber an vielen Universitäten genauso aussieht, sind die Studierendenproteste gerechtfertigt. Der VBE erklärt sich deshalb mit den Studierenden solidarisch.“

Der Wissenschaftsrat habe „handwerkliche Fehler“ bei der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge eingeräumt. Diese müssen

zügig behoben werden. „Immerhin zahlen Studierende Gebühren.

Diese hält der VBE allerdings nach wie vor für sozial ungerecht", so Beckmann. Er erinnerte daran, dass die Einführung der Gebühren mit dem Versprechen verbunden war, dieses Geld für eine Verbesserung der Lehre zu nutzen.

„Auf die Einlösung dieses Versprechens warten die Studierenden aber bis heute vergeblich. Sie zahlen vielerorts, ohne zu wissen, wofür ihr Geld eigentlich verwendet wird“, kritisierte der VBE-Chef.

(08/44/09)

Philologenverband zu Studentenprotesten: Mitgestaltungschancen verpasst

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPhV) sieht im Zusammenhang mit den aktuellen Schüler- und Studentenprotesten verpasste Chancen der Mitgestaltung. DPhV-Vorsitzender Heinz-Peter Meidinger merkte am 17. November 2009 kritisch an, hinsichtlich der Forderungen der Protestierenden gebe es „ein sehr diffuses Bild“.

Neben der klaren Benennung offensichtlicher Missstände bei der Umstellung auf gestufte Studiengänge, beim Zulassungsverfahren an den Hochschulen, bei der Studienfinanzierung und bei der überstürzten und inhaltlich verfehlten Einführung des achtjährigen Gymnasiums seien einzelne „ideologisch motivierte Ziele“ im Forderungskatalog untergebracht worden.

„Das ist schade, weil es die auf konkrete Verbesserungen ausgerichtete Stoßrichtung der Proteste schwächt und untergräbt“, sagte der Verbandsvorsitzende. Es seien Chancen verpasst worden, berechnete Anliegen in der Bildungspolitik durchzusetzen.

(09/44/09)

Namen und Nachrichten

(dbb) Eine „geschlechtergerechte Entgeltordnung“ ist nach Auffassung von **Helene Wildfeuer** die Voraussetzung für eine faire Bezahlung von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst. Die Bundesvorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung begrüßte am 16. November 2009 den Einsatz der dbb tarifunion, Entgeltgleichheit zum Thema in den laufenden Tarifverhandlungen zur Entgeltordnung zu machen. „Das derzeitige Eingruppierungsrecht wird den Anforderungen an einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst nicht gerecht. Gerade die Tarifverhandlungen für die Erzieherberufe haben das öffentliche Bewusstsein dafür geschärft, dass in Bereichen des öffentlichen Dienstes, in denen viele Frauen beschäftigt sind, besondere Probleme im Bereich der Eingruppierung liegen“, sagte Wildfeuer. Deshalb sei es dringend notwendig, das Eingruppierungssystem diskriminierungsfrei zu gestalten.

Der nordrhein-westfälische Landesbund des dbb hat kritisiert, dass der Landtag NRW am 4. November 2009 mit den Stimmen von CDU

und FDP das „Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010“ in zweiter Lesung verabschiedet hat. „Trotz unserer Stellungnahme und den Ausführungen in der Anhörung hat es keine Änderungen zum vorgelegten Gesetzentwurf gegeben“, so die Kritik des **dbb nrw**. Wie der dbb Landesbund seien alle anderen eingeladenen Sachverständigen der Auffassung gewesen, dass die volle Eins-zu-Eins-Regelung des Sockelbetrages für die Beamtinnen und Beamten aus Gründen der Gleichbehandlung dringend geboten sei. Die Mehrheitsfraktionen blieben jedoch bei ihrer Auffassung, dass mit dem nun verabschiedeten Gesetz der Tarifabschluss für die Länder zeit-, inhalts- und wirkungsgleich auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Beamtenanwärter übertragen werde, „eine Wahrnehmung, die weder von der Opposition noch von den betroffenen Beamtinnen und Beamten geteilt wird“, so der dbb nrw.

Der Berliner Landesbund des dbb hat am 13. November 2009 ein beamtenpolitisches Grund-

satzgespräch mit Innensenator Ehrhart Körting geführt. Bei der Erörterung der Besoldungsrückstände der Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin seien „die unterschiedlichen Auffassungen aufeinander geprallt“, teilte der Landesvorsitzende des dbb berlin, **Joachim Jetschmann**, im Anschluss mit. Während der Senat keinen Anlass sehe, die Kürzung der Sonderzahlung und die Streichung des Urlaubsgeldes aus dem Jahre 2003 rückgängig zu machen, habe der dbb berlin die Ansicht vertreten, dass die Minderungen der Dienstbezüge als Bestandteil des Solidarpaktes für den öffentlichen Dienst befristet sind. Mit den Besoldungsrückständen wird sich auch eine Personalrätekonferenz des dbb berlin am 23. November 2009 befassen.

Als einen Riesenerfolg hat der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, das Ergebnis der zweiten Stufe des Volksbegehrens gegen die Primarschule in Hamburg gewertet. Mehr als 180 000 Schulreformgegner, das sind dreimal so viele wie erforderlich, hatten unterschrieben. Meidinger bezeichnete dies am 18. November 2009 als „ein in diesem Umfang nicht erwartetes Signal an den schwarz-grünen Senat, seine verfehlte Schulreform zu stoppen“. Damit rücke auch ein Erfolg beim anstehenden Volksentscheid in greifbare Nähe, bei dem 20 Prozent der Hamburger (das sind rund 250.000 Bürger) dem Begehren zustimmen müssen.

Der Vorsitzende der bundespolizeigewerkschaft bgv, **Rüdiger Reedwisch**, hat Armin Schuster (CDU) zum Einzug in den Deutschen Bundestag gratuliert. „Wir wünschen viel Erfolg und Schaffenskraft für die anstehenden neuen und vielfältigen politischen Aufgaben, auch beim Wirken zum Wohle unserer Bundespolizei“, so Reedwisch am 16. November 2009. Mit Schuster, Polizeidirektor und Leiter der Bundespolizeiinspektion Weil am Rhein und bgv-Mitglied, habe man „einen sehr sachverständigen und starken Ansprechpartner in einem gerade auch für die Bundespolizei entscheidenden politischen Gremium“.
(10/44/09)